

Ursachen bekämpfen statt populistischer Politik

Diana Golze zur Absicht von Minister Schönbohm, das Thema Jugendkriminalität auf die Tagesordnung der Innenministerkonferenz zu setzen

Es ist das alte Lied: Reaktion statt Prävention, Wegsperrern statt Helfen. Kriminologen können nachweisen, dass Erziehungscamps und noch härtere Strafen keine Lösung gegen jugendliche Gewaltdelikte darstellen. Doch es ist Wahlkampf und da interessiert es offenbar nicht, dass die Politiker mit den härtesten Forderungen gleichzeitig in den letzten Jahren Personal und Mittel in der Jugendhilfe, bei Justizangestellten, Bewährungshelfern und dem Strafvollzug eingespart haben.

Indessen sammeln sich in den Jugendhaftanstalten und „PädCamps“ die Folgen von Armut, gesellschaftlicher Ausgrenzung und Jugendarbeitslosigkeit, wofür die Bundesregierung verantwortlich ist. Wer das ändern will, muss die Ursachen bekämpfen, nicht die straffälligen Jugendlichen. Wenn er keine Resozialisierung bewirkt, führt ein Gefängnisaufenthalt eher zu einer weiteren Kriminalisierung jugendlicher Straftäter. Die Anhebung der Höchststrafe für Jugendliche von 10 auf 15 Jahre Haft würde die Betroffenen nur 5 Jahre länger hinter Gitter schicken, eine Resozialisierung aber nur noch mehr erschweren. Auch eine Einweisung in sogenannte Päd-Camps wird die bestehenden Probleme nicht lösen. Die Bundesregierung setzt ein völlig falsches Zeichen. Das ist populistische Politik auf Kosten Jugendlicher.

Im Interesse einer wirksamen Prävention von Jugendkriminalität sollten die Mittel für Jugend- und Familienhilfen nicht dauernd gekürzt werden. Vielmehr sollten leicht erreichbare und für jeden zugängliche Angebote in der Kinder- und Jugendsozialarbeit ausgebaut, sozial benachteiligte Kinder durch eine Kinder-Grundsicherung aus der Armut befreit und ein Rechtsanspruch auf gebührenfreie Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen mit gleichen Bil-

dungschancen für alle eingeführt werden. Eine Ausbildungsplatzumlage und eine ausreichende Zahl existenzsichernder Arbeitsplätze könnten vielen Jugendlichen wieder eine Perspektive geben und verhindern, dass sie hinter Gittern landen.



Inhalt

- 2 Viele Tote 2007 und keiner merkt es
- 3 Linksruck geht weiter
- 4 LINKE schlagen Leitlinien für Integrationspolitik vor
- 5 Die Rente darf nicht zum Sozialfall werden!
- 5 Das Risiko ist sehr groß
- 6 Hinter die Kulissen schauen!
- 6 Kein echter Grund zur Freude
- 7 Mehr Bürgerbeteiligung wird Demokratie stärken
- 8 Termine

Viele Tote 2007 und keiner merkt es

Ein etwas anderer Jahresrückblick, der auch die Sinne für das Jahr 2008 schärfen möchte

„45 afrikanische Flüchtlinge im Atlantik ums Leben gekommen“, dies meldete die Nachrichtenagentur AP am 18. November 2007. „Opfer verdurstet, verhungert, vor Erschöpfung gestorben.“ Drei Wochen später berichtet die taz: „Mindestens 140 Menschen starben im Atlantik und im Mittelmeer.“

Dabei muss die Zahl der Toten schon sensationell hoch sein, bevor unsere Medien sie überhaupt „wahrnehmen“ und über sie berichten. SZ, FR, taz, MAZ oder andere melden alle paar Wochen einmal höchstens als Sieben-Zeiler diese Ereignisse der Flüchtlinge, welche auf dem Weg nach Europa ihr Leben lassen. Dabei fliehen aber täglich Menschen aus Afrika gen Europa. Täglich kentern Boote, täglich (so errechnete UNHCR vor) sterben dabei 27 Menschen. So kann vermutet werden: Die redaktionellen Macher der Zeitungen (und Handlanger von PolitikerInnen) ignorieren dies in voller Absicht.

Immerhin sind die Toten die direkte Folge europäischer Abschottungspolitik. Und warum dies an die grosse Glocke hängen? Also wird verschwiegen, dass es die mit EU-Geldern aufgerüsteten afrikanischen Grenzen sind, welche die Flüchtlinge zu immer weiteren und gefährlicheren Seewegen zwingen. Zum Beispiel greifen die Migranten auf kleine, seeuntüchtige Boote zurück, weil diese von der Überwachungstechnik der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX schwerer zu orten sind. Auch riskieren immer mehr Menschen sogar im Herbst und Winter das raue Meer zu überqueren - weil die Situation in ihrer Heimat immer schlimmer wird. Dies kostet deshalb immer mehr Menschenleben.

Stattdessen feiern PolitikerInnen und deren Medien den Erfolg der europäischen Abschottungspolitik. Zum Beispiel erreichten 2007 nur halb so viele Flüchtlinge die Kanaren wie im Jahre 2006. Da waren es 31 000.

Dass die Zahl der Flüchtlinge AUCH gesunken ist, weil die Zahl der Toten stieg, wird nicht erwähnt. Ebenso wird verschwiegen, dass im Jahre 2007 schätzungsweise 10 000 auf

dem Weg nach Europa ertrunken sind (nach Schätzungen des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen UNHCR).

Wäre es anders, müssten Medien und PolitikerInnen auch über Fluchtursachen informieren. Darüber, dass EU-Handelsabkommen die Lebensgrundlagen afrikanischer Menschen zerstören. Dass Krankheiten wie AIDS nach wie vor nicht durch die Patentrechtregelungen der Pharmakonzerne gelindert werden können. Dass die mit europäischen Steuergeldern betriebene Aufrüstung der Grenzen ein lukratives Geschäft für führende bundesdeutsche Unternehmen ist. Dass ressourcenorientierte europäische Außenpolitik lebensunwirtliche (bis hin zu kriegerische) Bedingungen in den betroffenen Gebieten auslösen.

Dabei könnte einigen dann doch endlich dämmern, dass der Reichtum weniger und die Armut vieler zusammenhängen! Also kommt, was täglich auf den Titelblättern stehen müsste, eben (wenn überhaupt) unter die Rubrik „Sonstiges“.

An weitere Bilder und News, welche zur Genüge durch die Gazetten flatterten, sei an dieser Stelle nicht erinnert.

Unserer Havelbrandung wünschen wir für 2008 eine kritische und bissige Berichterstattung. Allen Genossinnen und Genossen ein kämpferisches und folgenreiches 2008!

Heike Jacobs

+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

Newsletter

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

DIE LINKE.

Linksruck geht weiter

Ulrich Maurer ist Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Im Interview der Woche blickt er auf die Themen, für die sich die Fraktion auch in diesem Jahr stark machen wird. Die Mitglieder der Fraktion werden sich auf ihrer Klausur am 14. und 15. Januar in Kassel über Arbeitsschwerpunkte 2008 verständigen.

Frage: In Hessen läuft der CDU-Ministerpräsident verbalen Amok gegen Ausländer. In Hamburg beordert die SPD einen Ex-Kanzler aus dem Ruhestand, damit der gegen die bundespolitische Koalitionspartnerin poltert. 2008 ist noch wenige Tage jung, verspricht aber schon jetzt politisch kein langweiliges Jahr zu werden. Wie sehen sie die Lage?

Antwort: DIE LINKE wird auch in diesem Jahr im Bundestag dafür sorgen, dass keine Langeweile aufkommt – versprochen. Der Wahlkampf ist jedoch keine Entschuldigung für Kochs mieses Theater gegen Ausländer. Und dass die Kanzlerin fleißig mitzündelt, zeigt doch wieder einmal, dass der Union alle Mittel recht sind, wenn sie nur dem eigenen Wahlerfolg dienen. Die SPD hingegen glaubt, es genüge, sich das verstaubte rote Mäntelchen wieder umzuhängen und soziale

Parolen nachzuplappern. Kurt Beck und Genossen unterschätzen die Klugheit der Menschen gewaltig, sie unterschätzen aber auch deren Erinnerungsvermögen. In Hamburg schicken sie mit Schröder nun ausgerechnet den auf Stimmenfang, dessen Bundesregierung das Land in Hartz IV und Armut getrieben hat.

Frage: Nun fordert die SPD doch endlich auch den gesetzlichen Mindestlohn, für den DIE LINKE schon seit Jahren kämpft. Glauben Sie noch an das Gute im Menschen?

Antwort: Ja, trotz Schröder, trotz Fischer und trotz ihrer Agenda 2010. Aber sich nach neun Jahren ungenierten Sozialabbaus zusammen mit Grünen und Union einfach hinzustellen und das Fähnchen Mindestlohn zu schwenken, macht aus der SPD nicht automatisch wieder eine sozialdemokratische Partei.

Frage: Wie könnte die SPD Ihrer Meinung nach in Sachen Mindestlohn wieder glaubwürdig werden?

Antwort: Indem sie im Bundestag nicht länger gegen

den Mindestlohn und DIE LINKE stimmt.

Frage: Womit wird denn DIE LINKE in diesem Jahr den Linksruck weiter vorantreiben?

Antwort: Machen wir uns nichts vor: Mehr als ein Rückchen war es noch nicht. Aber natürlich hat DIE LINKE auf die politische Tagesordnung die sozialen Brennpunkte gesetzt, die die anderen Fraktionen im Bundestag ohne uns links liegen gelassen hätten.

Frage: Was sind die Themen der Linksfraktion 2008?

Antwort: Die Beseitigung von Kinder- und Altersarmut steht ganz weit vorn an. Es ist doch der eigentliche Skandal, dass sich unter der Regierung Schröder-Fischer die Zahl armer Menschen verdoppelt hat. Nach dem Mindestlohn für Briefträger muss nun endlich der für alle kommen. 8,44 Euro wie in Frankreich sind auch im reichen Deutschland

drin. Die Hartz-Gesetze, insbesondere Hartz IV, und das System der modernen Sklavenhaltung in Form der Zeitarbeitsfirmen müssen überwunden werden. Die Agenda 2010 muss schon bald nicht mehr als ein dunkles Kapitel deutscher Politik sein. Das Abrutschen in ein Zwei-Klassen-Gesundheitssystem muss gestoppt werden. Mit den Kriegseinsätzen der Bundeswehr im Ausland muss Schluss sein. Auch in dieser Forderung wird DIE LINKE allen Angriffen und Verleumdungen unserer politischen Mitbewerberinnen trotzen und standhaft bleiben. Wenn es am Ende dieses Jahres ein klein wenig gerechter zugehen würde in der Bundesrepublik, hätte DIE LINKE abermals Wirkung gezeigt. Und Konsorten à la Roland Koch hätten es schwerer, beliebig rechte Knüppel zu schwingen. Wir müssen die Ursachen für soziale Spannungen bekämpfen, nicht die Menschen, die unter ihren Folgen leiden. Aber auch dies ist ein weites Feld. Machen wir uns nicht vor.

Interview von linksfraktion.de, 10. Januar 2008



LINKE schlagen Leitlinien für Integrationspolitik vor

In kaum einer anderen Stadt Deutschlands wird eine gute Zukunft so eng mit migrationspezifischen Themen verbunden sein wie in Brandenburg an der Havel.

Die umfassende Integration der Migrantinnenbevölkerung, die Anerkennung und Weiterentwicklung ihrer kulturellen Vielfalt und ihrer produktiven Potenziale sind eine große Herausforderung für die kommunale Politik.

Erfolge auf dem Weg zu einer demokratischen, sozialen und dynamischen Gesellschaft lassen sich gerade auch am Verhältnis zwischen Migrations- und Mehrheitsbevölkerung ablesen. Die positive Spannung, die verschiedene Kulturen im Zusammenwirken mit sich bringen, muss für die dynamische Entwicklung unserer Stadtgesellschaft genutzt werden.

Die LINKE begrüßt deshalb die Arbeit an einer „Konzeption für die Integration von bleibeberechtigten Zuwanderern sowie für eine Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen in der Stadt Brandenburg an der Havel“ ausdrücklich.

Als Basis für den bereits vorhandenen Entwurf schlagen wir deshalb für die Stadt Brandenburg an der Havel folgende Leitlinien für ihre künftige kommunale Integrationspolitik vor:

1. Die Integration aller Migrantinnen und Migranten ist eine zentrale kommunalpolitische Aufgabe. Das friedliche und gedeihliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Abstammung soll auch weiterhin das Selbstverständnis unserer Stadt prägen.

2. Integrationspolitik gehen wir als Querschnittsaufgabe an, die nachhaltig alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft und von der gesamten Stadtverwaltung sowie den stadtnahen Unternehmen bei ihrer Arbeit berücksichtigt werden muss.

3. Unsere Integrationspolitik orientiert sich dabei nicht an ethnischen Merkmalen oder an der Staatsangehörigkeit, sondern an der Lebenslage der Menschen. Es geht darum, Defizite aufzuarbeiten und neue Perspektiven für alle zu eröffnen. Unsere Integrationspolitik bezieht deshalb alle Migrantinnen und Migranten ein, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben - ob mit oder ohne deutschen Pass.

4. Unsere Integrationsangebote richten sich dabei nicht nur an Neuzuwanderer und Neuzuwanderinnen, sondern auch an Migrantinnen und Migranten, die bereits längere Zeit bei uns leben.

5. Unsere kommunale Integrationspolitik lässt sich vom „4-Säulen-Prinzip“ leiten. Es geht um sprachliche, gesellschaftliche und berufliche Integration sowie soziale Beratung und Betreuung. Differenzierte und wirksame

Sprachförderung ist dabei ein wesentliches und notwendiges Handlungsfeld.

6. Integration kann nach unserem Verständnis keine einseitige Eingliederungsleistung der Migrantinnen und Migranten sein, sondern setzt auf nachhaltige Annäherungsprozesse zwischen allen Beteiligten und interkulturelle Öffnung. Die Stadt Brandenburg an der Havel fördert durch geeignete Maßnahmen gegenseitige Akzeptanz und Toleranz sowie den interkulturellen Dialog.

7. Frauenförderung bildet einen besonderen Schwerpunkt in unserer Integrationspolitik.

8. Die in Brandenburg lebenden Migrantinnen und Migranten sollen gleichberechtigt an allen städtischen Angeboten und Leistungen teilhaben können. Die Stadt Brandenburg an der Havel sieht sich in all ihren Planungen und Maßnahmen einer interkulturellen Orientierung verpflichtet. Die bestehenden Angebote und Einrichtungen sollen dazu, wo nötig, zielgruppengerecht verändert und ergänzt werden. Die Vielschichtigkeit der Migrantinnenbevölkerung (z.B. Mitglieder unserer Jüdischen Gemeinde, Spätaussiedler und die vietnamesische Bevölkerungsgruppe) ist dabei zu berücksichtigen.

9. Die Stadt Brandenburg an der Havel strebt in ihrer Verwaltung und in den stadtnahen Unternehmen eine verstärkte Ausbildung und Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund an, übernimmt eine Vorbildfunktion als Arbeitgeber und erleichtert auch dadurch das interkulturelle Zusammenleben.

10. Die Stadt Brandenburg an der Havel ist bestrebt, möglichst viele gesellschaftliche Gruppen aktiv in den Integrationsprozess einzubeziehen. Dabei soll auch das bürgerschaftliche und demokratische Engagement gefördert werden.

11. Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten unterstützt die Stadt Brandenburg Verbände, Vereine und Initiativen bei integrativen und interkulturellen Aktivitäten.

12. Allen Formen von Rassismus und Diskriminierung tritt die Stadt Brandenburg mit Entschiedenheit entgegen. Im Rahmen der geltenden Gesetze und Grundrechte garantiert sie allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Wahrung ihrer religiösen und kulturellen Orientierungen.

13. Eine offensive Öffentlichkeitsarbeit ist wichtiger Bestandteil kommunaler Integrationspolitik.

14. Die Stadt Brandenburg setzt sich in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände und gegenüber Land und Bund für die nachhaltige demokratische und soziale Teilhabe aller Migrantinnen und Migranten ein.

Die Rente darf nicht zum Sozialfall werden!

Immer wieder wenden sich Bürgerinnen und Bürger mit Rentenproblemen und Fragen zum Rentenrecht an meine Wahlkreisbüros. Auch im 17. Jahr der Deutschen Einheit gibt es immer noch zahlreiche Ungerechtigkeiten bei der Rente. Insbesondere die Ungleichbehandlung von Rentnerinnen und Rentnern aus den alten und neuen Bundesländern stößt bei vielen Betroffenen aus Ostdeutschland auf Unverständnis. Sie fühlen sich als Rentner zweiter Klasse und sind erbost darüber, dass die Bundesregierung bei der Überwindung der Rentenungerechtigkeit offensichtlich auf die „biologische Lösung“ setzt.

Aber auch künftige Rentnergenerationen haben aufgrund der falschen Rentenpolitik der rot-grünen und jetzigen schwarz-roten Bundesregierung nichts Gutes zu erwarten. Das geht aus der kürzlich veröffentlichten Studie „Altersversorgung in Deutschland“ hervor, die von der Deutschen Rentenversicherung Bund und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegeben wurde. So ist eine große Zahl von Menschen, die heute zu Niedriglöhnen arbeiten müssen bzw. von Hartz IV betroffen sind, von Altersarmut bedroht. Die geplante Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist das vorerst letzte Glied in einer langen Kette sozialpolitischer Fehlentscheidungen, mit denen das Rentenniveau sukzessive abgesenkt wird. Die wiederholten Aufforderungen aus Regierungskreisen, die gesetzliche Rente mit der privaten bzw. betrieblichen Altersvorsorge zu ergänzen, müssen insbesondere in den Ohren der Beschäftigten im Niedriglohn-Bereich zynisch klingen. Oftmals haben die Betroffenen nicht einmal genug Geld, um die laufenden Ausgaben zum Lebensunterhalt zu bestreiten, geschweige denn um privat fürs Alter

Vorsorge zu treffen.

Dass das Wirken einer Oppositionspartei nicht erfolglos ist, hat der Protest gegen die geplante Zwangsverrentung von älteren Arbeitslosen gezeigt. Die Linksfraktion im Bundestag hat mit parlamentarischem Druck dazu beigetragen, dass die Bundesregierung sich inzwischen auf einen Schutz vor Zwangsverrentungen bis zum 63. Lebensjahr geeinigt hat. Damit ist ein Teilerfolg errungen, denn ursprünglich sollten nach Auslaufen der so genannten 58-er Regelung ab 2008 alle Arbeitslosengeld-II-Empfänger ab Vollendung des 58. Lebensjahres zwangsverrentet werden. Dies hätte Rentenabschläge von bis zu 18 Prozent für die Betroffenen zur Folge gehabt. Und das bis an ihr Lebensende! Die jetzt von der Bundesregierung gefundene Teillösung kann für die Linksfraktion nur ein erster Schritt zur generellen Abwendung von Zwangsverrentungen sein. Auch die drohende Zwangsverrentung ab dem 63. Lebensjahr ist nicht akzeptabel!

Um Rentenungerechtigkeiten zwischen Ost und West sowie drohende Altersarmut zu verhindern, hat die Fraktion DIE LINKE ein Rentenfortprogramm mit einem Antragspaket in den Bundestag eingebracht. Dazu gehören u.a. die Forderungen nach Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West, die Gleichbehandlung der Bergleute der Braunkohleveredlung in der DDR entsprechend dem Montanuniongesetz der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Beseitigung von Rentennachteilen für Pflegezeiten von Angehörigen in der DDR sowie 17 Einzelanträge zur Rentenüberleitung.

Auch in der Rentenpolitik gibt es eine soziale Alternative zur derzeitigen Bundesregierung. Dafür steht DIE LINKE im Bundestag!
Diana Golze

Das Risiko ist sehr groß

Liebe Leser, würden Sie sich ein Haus bauen lassen ohne bestimmen zu können, wie es aussieht, ohne festen Vertrag mit dem Baubetrieb, ja selbst ohne die richtige Baugenehmigung?

Der normale Brandenburger ließe die Finger von einem solchen zweifelhaften Vorhaben. Und das auch deshalb, weil im Fernsehen immer wieder vor Gutgläubigkeit und zuviel unbegründetem Vertrauen gewarnt wird. Die Mehrheit unserer Stadtverordneten hat dazu eine andere Meinung, wie bei der

Abstimmung über das Annen-Center bewiesen wurde. Über das Für und Wider nach den gegenwärtigen Bedingungen wurde schon vieles gesagt und geschrieben. Eine wichtige Schlussfolgerung aber wäre Folgendes: Die leitenden Mitarbeiter des Bauamts müssten einen Qualifizierungslehrgang auf hohem Niveau absolvieren und die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung ist sehr veränderungsbedürftig.

Edith Altenkirch

Hinter die Kulissen schauen!

Da gab es doch in den allerletzten Dezembertagen des Jahres 2007 auf Seite 1 der Tageszeitung eine Schlagzeile, die uns wohl den Übergang ins Jahr 2008 hoffnungsvoller machen sollte: Bei niedrigsten Produktionskosten liegt das Land Brandenburg in der Bundesrepublik an zweiter Stelle, könnte also auch für weitere Unternehmen lukrativ sein. Wer aber denkt daran, dass in die Produktionskosten auch die Lohnkosten einfließen? Doch darüber wurde kein Wort verloren. Folglich sollen wir uns im Land Brandenburg und auch in unserer Stadt weiterhin mit niedrigen Löhnen abfinden. Wenige Tage später hieß es übrigens, dass das Wirtschaftswachstum sich verringert.

Sicher, unsere Mitarbeiter der Post erhalten nun nach monatelangem Hin und Her mehr Geld, das ist durchgesetzt. Aber es gibt wieder einen Unterschied

zwischen den alten und den neuen Bundesländern, bei uns ist der Lohn niedriger. Und sicher ist das auch der Trend für alle anderen Mindestlöhne, die gegenwärtig im Gespräch sind.

Die absolute Einheit haben wir also noch immer nicht und werden sie auch vorläufig nicht bekommen, jedenfalls nicht bei Löhnen, Gehältern und Renten. Und wer weniger Einkommen hat, der erhält letztendlich auch weniger Rente. Damit wird die Ungleichheit auf Jahrzehnte verfestigt.

Mit der jetzigen Regierung werden wir also stets das Armenhaus der Bundesrepublik bleiben, es sei denn, mit dem nächsten Wahlergebnis legen wir den Grundstein für grundlegende Veränderungen bei der Verteilung der Sitze im Bundestag.

Edith Altenkirch

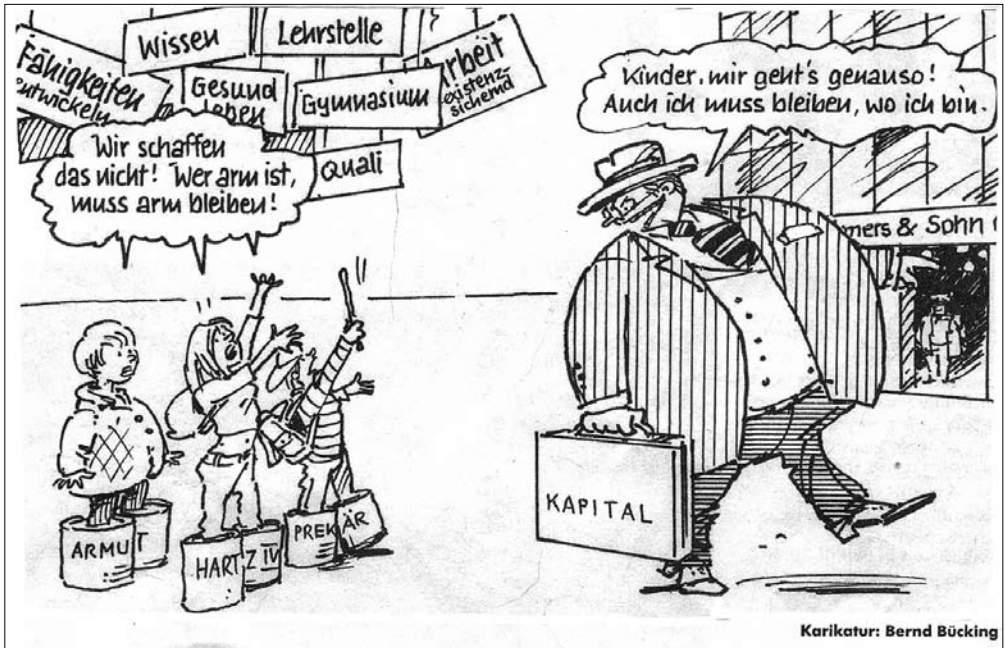
Kein echter Grund zur Freude

Im Dezember war die Arbeitslosigkeit in unserer Stadt laut Statistik so niedrig wie seit Jahren nicht. Aber in den ersten Januartagen war der Besucherstrom im Amt für Arbeit allerdings so stark wie lange nicht. Außerdem werden 1 Euro-Jobber weiterhin nicht als Arbeitslose gezählt, einige Arbeitssuchende sind Rentner geworden und auch bei Todesfällen waren Noch-Nicht-

Rentner betroffen. Verlassen sollten wir uns also auf solche „Glücksfälle“ in der Statistik nicht.

Außerdem hat sich die Zahl der befristeten Arbeitsverträge und die Zahl der in Zeitarbeit Befindlichen erhöht. Dazu kommt, dass so mancher von seinem Arbeitseinkommen nicht leben kann. Alles in allem: kein echter Grund zur Freude.

Edith Altenkirch



Mehr Bürgerbeteiligung wird Demokratie stärken

Alfredo Förster, Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE in Brandenburg an der Havel, erklärt zu den Haushaltsberatungen 2008:

Nach § 78 Abs. 4 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg soll die Vorlage der Haushaltsatzung bei der Kommunalaufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen (also zum 1. 12. des Vorjahres).

Der Termin ist für den diesjährigen Haushalt überschritten.

Mitwirkungsangebote unsererseits an der Erarbeitung des Haushaltsentwurfs, z.B. im Wirtschaftsausschuss über bereits bekannte Eckdaten der jeweiligen Bereiche zu diskutieren, wurden von der Oberbürgermeisterin abgelehnt.

Das mag angesichts der Liquiditätsprobleme der Stadt Brandenburg an der Havel verwundern.

Denn bereits jetzt steht fest: auch die Haushaltssatzung 2008 wird nicht dem allgemeinen Haushaltsgrundsatz nach § 74 Abs. 3 Gemeindeordnung entsprechen, wonach der Haushalt in jedem Jahr unter Berücksichtigung von Fehlbeiträgen aus Vorjahren ausgeglichen sein muss. Wird dieser Haushalt insoweit rechtswidrig beschlossen, ist nach § 74 Abs. 4 Gemeindeordnung ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen sowie der Finanzplan zu überarbeiten, damit auch ein tatsächlicher Haushaltsausgleich innerhalb des Finanzplanungszeitraumes gewährleistet ist.

Mit den Haushaltssicherungskonzepten der letzten Jahre konnte nicht einmal mehr dieser zwingend vorgeschriebene, minimalistische Ansatz erreicht werden.

Denn die Stadt Brandenburg an der Havel steckt tief in einer Schuldenfalle.

Alle politischen Prestigeprojekte, selbst das kommunale Tagesgeschäft, werden auf Pump finanziert. Die öffentliche Hand reicht als Kreditgeber längst nicht mehr aus. Sogenannte PPP-Projekte, d.h. die Aquirierung privater Investoren für öffentliche Bauvorhaben, machen jetzt die Runde. Die sogenannten "versteckten", also nicht

durch die Haushaltsplanung erfassten Schulden, haben ein beängstigendes Maß erreicht. Beispielfähig sei hier nur der Kassenkredit erwähnt, ein

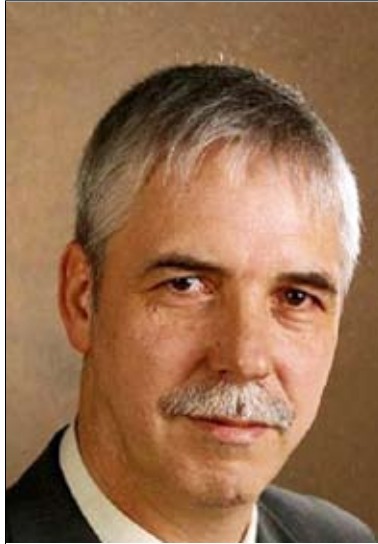
"Dispositionscredit", bei dem die Stadt ebenfalls mit ca. 100 Millionen € und einem Zinssatz von über 4% in der "Kreide" steckt.

In dieser Situation hat sich die Fraktion DIE LINKE zum Ziel gesetzt, Initiativen für eine partizipative Haushaltsführung zu unterstützen. Die LINKE sieht in einem "Bürgerhaushalt" eine Möglichkeit, die Einwohner unserer Stadt stärker an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, Transparenz in die Schuldenpolitik dieser Stadt zu bringen und diese zu verändern.

Es gilt darüber hinaus

eine neue Balance zwischen bisher vorherrschenden Zielen der Haushaltskonsolidierung und einer Politik zu finden, die neue Impulse für mehr sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit in unserer Stadt und eine Stärkung der sozialen Infrastruktur ausstrahlt, wozu ausdrücklich auch der öffentliche Dienst gehört. Wir beurteilen künftige Haushaltsausgaben und Einsparungen unter kommunal- und volkswirtschaftlichen Aspekten. Kurzfristige Einspareffekte, die schnell verpuffen oder zu Lasten anderer öffentlicher Kassen gehen, werden wir weiterhin ablehnen. Einsparungen sollen demgegenüber in Bereichen vorgenommen werden, die volkswirtschaftlich bedenklich und wenige bis gar keine Impulse für den regionalen Arbeitsmarkt mit sich bringen.

Wir sind davon überzeugt: mehr Bürgerbeteiligung am Haushalt wird die kommunale Demokratie stärken.



Alfredo Förster Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Brandenburg an der Havel

Termine

Diskussionsabend der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.
Thema: Krise der globalen Finanzmärkte - Wie beeinflussen die globalen Finanzmärkte unser Leben?
Vortrag und Diskussion Prof. Dr. Günter Krause (Berlin)
am Donnerstag, 17. Januar 2008
um 17:00 Uhr im Fontane-Club,
Ritterstraße 69, 14770 Brandenburg
an der Havel

Öffentliche Fraktionssitzungen DIE LINKE am 14.01 und 28.01. jeweils 18.00 Uhr, in der Geschäftsstelle

Stadtvorstandssitzungen in der Geschäftsstelle, 21.01. und 4.02. jeweils um 18.00 Uhr

Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Januar ab 16 Uhr im altstädtischen Rathaus

Wir Gratulieren

14.01. *Heidelinde Mahr*

15.01. *Hansjoachim Gomoll*

16.01. *Kurt Haase*

27.01. *Hildegard Karius*

27.01. *Andrea Loskarn*

27.01. *Gerhard Schenk*

29.01. *Sabine Redmann*

03.02. *Horst Böttcher*

06.02. *Lieselotte Orlowski*

07.02. *Wilfried Weise*

08.02. *Ingeborg Fuhrmann*

08.02. *Petra Heimbuch*

08.02. *Edith Schultze*

10.02. *Dora Kühlhorn*

Öffnungszeiten

Montag	9-17 Uhr
Dienstag	9-17 Uhr
Mittwoch	9-13 Uhr
Donnerstag	9-17 Uhr

Geschäftsstelle DIE LINKE

Altstädtischer Markt 2

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 0 33 81 - 22 47 33

Fax: 0 33 81 - 22 99 61

Internet: www.dielinke-stadt-brb.de

E-Mail: info@dielinke-stadt-brb.de

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE, Brandenburg an der Havel
V.i.s.d.p.: René Kretzschmar

Anschrift: Altstädtischer Markt 2,
14770 Brandenburg an der Havel

E-Mail: info@dielinke-stadt-brb.de

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nächster Redaktionsschluss: 02. Februar 2008